

ansprüche des Verpächters in die, von dem Pächter bestellte Caution oder dessen sonstiges Vermögen handele.

Dieser Argumentation hat endlich Petent die Relation eines weiter unten zu erwähnenden Falls angefügt, aus welchem seinen Anführen nach hervorgehe, daß von der mittlern und obern Landesjustizbehörde eine andere und namentlich die Ansicht gehegt werde, daß in jedem Falle und selbst dann, wenn es sich nur um die Realisirung der Pacht aufhebung und Gutsrückübergabe, mithin noch keineswegs um die Geltendmachung von Schadenersprüchen und den Act der Vollstreckung wegen liquidirter Schadenersprüche handle, daß durch Executionsgesetz vorgeschriebene Fristverfahren in Anwendung gebracht werden müsse, mithin von den contractlichen Bestimmungen, wornach ein anderes Verfahren stipulirt worden, zu abstrahiren sei; dieser Fall ist es, welcher den Herrn Petenten namentlich zu Stellung des obigen Antrags Veranlassung gegeben zu haben scheint, da es ihm nicht möglich gewesen ist, sich von der Richtigkeit der in jenem Falle ertheilten Entscheidungen zu überzeugen.

Was dagegen den Antrag ad II. betrifft, so ist derselbe nicht durch einen bestimmten Vorfall, sondern wohl nur durch die Erwägung der Dispositionen des Executionsgesetzes und deren gedachte Anwendung auf das, zwischen einem Vermietther und Abmietther eines Quartiers bestehende Rechtsverhältniß hervorgerufen worden.

Ungeachtet nämlich — bemerkt Petent — in der 30. §. des Executionsgesetzes bestimmt worden sei, daß, wenn Jemand zu Räumung einer Miethwohnung verurtheilt sei, die Ermission desselben durch eine dagegen eingewendete Appellation nicht gehindert werden dürfe, könne dennoch der Zweck, der dieser Bestimmung zum Grunde liege, nämlich dem Vermietther zur baldigsten Räumung des Quartiers zu verhelfen, nicht erreicht werden, sobald das, in dem Executionsgesetz vorgeschriebene Verfahren absolut zur Anwendung gebracht werden müsse.

Denn wolle der Abmietther, wenn er über 50 Thlr. — Miethzins zahle, seinen Vermietther chikaniren, so könnte er noch 7 bis 8 Wochen über den, zum Ausziehen bestimmten Termine, in der Miethwohnung verbleiben, weil der Vermietther natürlich das Gesuch um Ermission erst nach Ablauf der Ausziehzeit anbringen könne und sich es gefallen lassen müsse, daß dieses Gesuch dem Abmietther unter Einräumung einer sächlichen Frist, zur Nachachtung insinuirt würde. Um daher den hieraus hervorgehenden schreienden Mißverhältnissen zu begegnen, die vornämlich dann sehr lästig seien, wenn das Quartier bereits anderweit vermiethet worden, mache sich mindestens die Bestimmung nothwendig,

daß die Vorschriften des Executionsgesetzes nicht zur Anwendung zu bringen seien, sobald ein gerichtlich recognoscirter Miethcontract von dem Vermietther producirt werden könne. —

In Ansehung dieser Petition nun hat die vierte Deputation der zweiten Kammer sich gemeinschaftlich in der Ansicht vereinigt,

1) daß es zwar nicht zweifelhaft sein könne, daß auch in den von dem Petenten gedachten Fällen das mehrangezogene Gesetz und das in solchem vorgeschriebene Verfahren einzutreten habe, daß aber, weil

2) dieses Verfahren insofern zu Härten führen könne, als der Verpächter eines Grundstücks oder der Vermietther einer Wohnung nach Beendigung der Pacht oder Mieth nicht so-

gleich in den Besitz seines Eigenthums gelangen könne und dadurch manchem Nachtheile, so wie der Chikane des Pächters oder Abmietthers ausgesetzt sei, eine Modification des Gesetzes wünschenswerth erscheine.

Die Deputation ist ferner 3) des Dafürhaltens, daß es dem Verpächter oder Vermietther unbenommen sei, sich in dem Contracte die Gestattung eines strengeren Executionsverfahrens wider den Pächter oder Abmietther zu stipuliren; wodurch die gerügte Lücke des Gesetzes minder fühlbar würde, — allein sie verbindet damit die Erklärung, daß, wenn selbst

4) die Frage verneint werden müßte, ob eine Verzicht auf das gesetzliche Executionsverfahren Seiten des Pächters oder Abmietthers gültig sei? und deshalb eine Ergänzung des Gesetzes in der beantragten Mäße für nothwendig gehalten werden müßte, dennoch

5) Die Ausfüllung dieser Lücke für jetzt nicht zweckmäßig erscheine, weil seit Emanirung des Gesetzes kaum 2 Jahre verflossen wären, und eine längere Erfahrung erforderlich, um noch auf andere Zweifel und Lücken des Gesetzes aufmerksam gemacht werden zu können, worauf schon bei anderer Gelegenheit hingedeutet worden wäre; — überdem würden

6) jedenfalls die in dem Gesetz enthaltenen Bestimmungen des Executionsverfahrens bei der bevorstehenden Bearbeitung einer neuen Gerichts- und Proceßordnung — mit welchen sie in Verbindung zu bringen seien, — einer nochmaligen sorgfältigen Prüfung unterliegen, — und da sonach es nur unthunlich erscheine, schon jetzt die Ergänzung einzelner Lücken zu beantragen, so hat jene Deputation ihrer Kammer den Beschluß anempfohlen:

daß auf die Petition vor jetzt nicht weiter eingegangen, diese indeß dennoch der hohen Staatsregierung zur Erwägung bei künftiger Revision des Executionsverfahrens anheim gegeben werden möge,

und es ist dieser Antrag auch ungeachtet der dagegen angeregten Bedenken von der zweiten Kammer durch Beschluß vom 28. Februar 1840 angenommen worden.

Nachdem nun die Deputation sich hierüber allseitig und selbst unter Vernehmung mit einem, ihr auf Ansuchen zugeordneten königlichen Commissar berathen, so hat die Majorität derselben ohne Weiteres sich für den Beschluß der zweiten Kammer ausgesprochen, und hierzu in den, von jenseitiger Deputation aufgestellten, vorbemerkten Gründen Veranlassung gefunden.

Die Minorität hat dagegen diesen Gründen nicht in jeder Beziehung beitreten können und zwar dem Antrage der Majorität rücksichtlich der anzuempfehlenden Genehmigung des Beschlusses der zweiten Kammer sich angeschlossen, dieß aber weniger aus einer vollen subjectiven Ueberzeugung, als vornämlich um deswillen gethan, weil die Abgabe der Petition an die hohe Staatsregierung zu Erwägung bei der künftigen Revision des Executionsverfahrens ganz unpräjudiciell ist und weil die für die ständischen Berathungen noch übrige wenige Frist es durchaus nicht wünschenswerth macht, dieses Gegenstandes halber eine Differenz zwischen beiden Kammern hervorzurufen.

Um jedoch die geehrte Kammer über die Gründe nicht in Zweifel zu lassen, welche die Motiven der Majorität und Minorität der Deputation unterliegen, macht es sich nothwendig, den Gegenstand der Petition näher zu beleuchten.

Es liegt derselben die Voraussetzung zum Grunde: